



PROF. PETER FILZMAIER

## Filzmaier analysiert

Peter Filzmaier ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität für Weiterbildung Krems und der Karl-Franzens-Universität Graz.

# Was man alles (nicht) verbieten soll

Man kann etwas verbieten. Oder auf unsere Eigenverantwortung vertrauen, sich korrekt zu verhalten. In der Politik sind Verbote gesetzliche Vorschriften, deren Nichteinhaltung bestraft wird. Weil es Menschen gibt, die keine Rücksicht auf andere nehmen. Doch wäre es nicht besser, wenn jeder anständig handelt, weil Politiker und Parteien ihn von der Richtigkeit dessen überzeugen?

**1** Bei Mord und Totschlag kommt niemand auf die Idee, dass es keine Verbote und bei Zuwiderhandeln keine harte Strafen geben sollte. Schwerverbrechen sind gesellschaftlich nicht anerkannt. 99,9 Prozent von uns würden nie ein solches begehen. Wie ist das hingegen mit den ungeliebten Steuern? Da ist Schwarzarbeit vulgo Pfusch ein Volkssport. Wieso gilt Steuerhinterziehung als Kavaliersdelikt? Schließlich ist es so, dass infolge der Milliardenumsätze in der Schattenwirtschaft dem Staat gigantische Geldsummen fehlen, mit denen er mehr Ärzte oder Lehrer anstellen könnte.

**2** Das wäre gleichermaßen im Interesse aller älteren Mitmenschen und unserer Kinder. Ja, eh, sagen da die meisten. Brauchen S' a Rechnung? Offensichtlich genügt es nicht, wenn jeder selbst bestimmt, für das Zusammenleben einer großen Gemeinschaft verantwortungsvoll zu handeln. Also braucht es ein ausgewogenes Verhältnis von Verboten und Eigenverantwortung. Umso trauriger ist, dass politische Parteien sich statt sachlicher Diskussionen gegenseitig als Verbotsparteien beschimpfen. Weil's so schön unsympathisch klingt.

**3** Die FPÖ etwa bezeichnet die Grünen liebend gerne als Verbotspartei. Weil du laut diesen angeblich oder tatsächlich kein

Auto mit Benzin- oder Dieselmotor haben darfst. Oder nicht mehr als hundert Kilometer in der Stunde auf der Autobahn fahren. Oder nicht fliegen darfst. Oder kein Fleisch essen darfst. Oder nicht zu Freundinnen und Freunden nur in der männlichen Form Freunde sagen darfst.

**4** Umgekehrt könnten die Grünen mit gutem Recht die FPÖ eine Verbotspartei nennen. Weil sie Elektroautos verbieten will. Weil sie allen Ernstes sogar Jogginghosen in Schulen verbieten will. Weil sie ebenda – in den Schulpausen – jede Unterhaltung in einer Fremdsprache verbieten will. Weil sie geschlechtsneutrale Schreibweisen verbieten will. Weil sie von der Travestiekunst bis zur Zuwanderung noch viel mehr verbieten will.

**5** Beiderseits wird mit bewussten Ungenauigkeiten argumentiert. Und es werden gesetzliche und moralische Verbotsbezüge bunt gemischt. Alle anderen Parteien sind klarerweise in vielen Bereichen detto für Verbote. Wobei es oft durchaus inhaltliche Argumente dafür und dagegen gibt. Soll es etwa angesichts der hohen Mieten bei Strafe verboten werden, eine leer stehende Zweitwohnung nur befristet oder gar nicht zu

vermieten? Oder wäre das ein unzulässiger Eingriff in das, was man mit seinem ehrlich erworbenen Privateigentum machen kann?

**6** Meistens wird vergessen, dass ein Belohnungssystem sinnvoller sein kann als Verbote. Zum Beispiel bekennt sich eine überwältigende Mehrheit zum Umweltschutz. In der Theorie. Praktisch wird die Sache halbherzig angegangen. Statt Müllsheriffs könnte es jedoch mehr bringen, wenn wirklich alle Zugfahrten viel billiger als Flüge wären. Oder in Plastik verpackte Lebensmittel im Vergleich zu ökologisch verpackten sauteuer.

**7** Die Scheinheiligkeit beim Thema Umwelt und Klima hat auch damit zu tun, dass wir alle weniger Bereitschaft für verantwortungsvolles Handeln zeigen, wenn das Unbequemlichkeiten und Verzicht bedeutet. Oder wenn's um das liebe Geld geht. So wie übrigens beim Alkohol und Rauchen nachweislich die Gesundheit schädigt wird – aber beides halt trotzdem ein wichtiger Wirtschaftsfaktor bleibt.

**8** Sehr seltsam ist im Verbotszusammenhang der Umgang unserer Parteien mit der Direktdemokratie. Es könnten ja

Volksbegehren ab einer bestimmten Unterschriftenzahl automatisch zu Volksbefragungen oder -abstimmungen führen. Die Bevölkerung entscheidet, was (nicht) verboten werden soll. Was wäre also, wenn über Tempo 100 abgestimmt würde?

**9** Was spricht dagegen, dass in einer – rechtlich nicht bindenden – Volksbefragung mehrheitlich entschieden wird, ob es verboten sein soll, schneller zu fahren? Würden die FPÖ und ÖVP auf der einen Seite oder die SPÖ und Grünen auf der anderen Seite sowie die jeweiligen Parteianhänger es anstandslos akzeptieren, wenn sie mit ihrer Meinung in der Minderheit blieben? Vermutlich nicht.

**10** Die eine Seite würde sich wohl darauf berufen, Retter der Freiheitsrechte und daher weiterhin gegen Tempo 100 zu sein. Die andere Seite wäre in ihrer Selbstbeschreibung Retter der Welt und demzufolge unverändert für Tempo 100. Beide Seiten machen einen Denkfehler, weil sie sich im Freiheits- und Verbotsstreit nicht selber die entscheidende Frage stellen: Warum seid ihr so schlecht darin, 50 Prozent plus eine Person von eurer ja unverrückbar „richtigen“ Meinung zu überzeugen?





Jogginghosen in der Schule, Billigflüge oder das Tempo auf der Autobahn – zu all diesen Themen und noch einigen mehr gab es, wie unsere Grafik zeigt, politische Vorschläge für Verbote. Da kommt man ins Grübeln.